

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dietrich Wersich, Roland Heintze, Hans-Detlef Rook, Birgit Stöver, André Trepoll, Christoph de Vries, Dennis Gladiator, Robert Heinemann, Thilo Kleibauer, Karin Prien, Frank Schira, Hjalmar Stemmann, Kai Voet van Vormizeele, Karl-Heinz Warnholz, Christoph Ahlhaus, Nikolaus Haufler, Jörg Hamann, Heiko Hecht, Klaus-Peter Hesse, Thomas Kreuzmann, Ralf Niedmers, Olaf Ohlsen, Dr. Walter Scheuerl, Viviane Spethmann, Dennis Thering, Heino Vahldieck, Andreas C. Wankum und Katharina Wolff (CDU)**

### **Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012**

**Betr.: Hamburg krisenfest machen und endlich Führung zeigen: Ausgaben-  
disziplin und schnellen Schuldenstopp umsetzen  
(Leitantrag zum Haushalt 2011/2012)**

Die Krisenjahre 2009 und 2010 wurden jeweils mit einem Defizit von etwas über 900 Millionen Euro abgeschlossen. Dieser Betrag kann im Vergleich zum letzten SPD-regierten Jahrzehnt 1990 – 2000, in dem die Defizite regelmäßig über 1 Milliarde Euro lagen, durchaus als Erfolg und Resultat umfangreicher Konsolidierungspakete der CDU-geführten Senate in den Jahren davor angesehen werden. Denn nachdem es 2007 und 2008 zum ersten Mal seit 30 Jahren gelang, gar keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, wurde den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern folgerichtig versprochen, dass die krisenbedingt notwendige Neuverschuldung transparent ausgewiesen und nach Überwindung der Krise ab 2015 Schritt für Schritt zurückgeführt wird.

Auch die derzeitige europäische Staatsschuldenkrise, die derzeit unsere Währung ins Wanken bringt, lässt nur eine Konsequenz zu: so schnell wie möglich keine neuen Schulden zu machen und auf dem Weg dahin so wenig Schulden wie möglich. Alles andere wäre der Stadt und unseren nachfolgenden Generationen gegenüber unverantwortlich.

#### **SPD-Haushaltspolitik: Leere Versprechen und lockere Zügel in der Schuldenkrise**

Die SPD ist Anfang des Jahres mit dem Versprechen angetreten, die notwendige Konsolidierung des Hamburger Haushalts als eines ihrer Kernziele weiterzuführen. Dafür sollten die Neuverschuldung weiter gesenkt, die Ausgaben einer maximalen Steigerung von 1 Prozent pro Jahr unterworfen und dauerhafte Mehrausgaben nur mit dauerhaft wirkenden Streichungen an anderer Stelle finanziert werden („pay as you go“). Nach nicht mal einem Jahr Regierungsverantwortung ist davon keine Rede mehr. Fast alle Versprechen im Bereich Haushalt wurden gebrochen oder zumindest umgangen, zentrale sinnvolle Weichenstellungen CDU-geführter Senate wurden zurückgedreht.

#### **1. Keine Spur von der 1-Prozent-Regel**

Die Ausgaben sollen schon im ersten Regierungsjahr der SPD um über 500 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr steigen – die Konsequenz daraus ist eine Steigerung von 5 Prozent. Auch in den Folgejahren bis 2014 will der SPD-Senat von seiner im Wahlkampf verkündeten Regel abweichen und 1,3 beziehungsweise 1,4 Prozent mehr ausgeben – im Vergleich zur 1-Prozent-Regel sind das um rund 50 bis 120 Millionen

Euro pro Jahr höhere Ausgaben, als den Hamburgerinnen und Hamburgern versprochen.

## **2. Höhere Neuverschuldung als nötig**

Für die Jahre 2011 und 2012 hat sich der Senat entschlossen, den Hamburgischen Versorgungsfonds (HVF) mit 207 beziehungsweise 468 Millionen Euro zu verstärken, obwohl ein neues Gesamtkonzept für den Fonds – wie auch von der SPD im letzten Jahr gefordert – immer noch nicht vorliegt. Die Maßnahme ist zudem nicht zwingend, da der Fonds bereits im Jahr 2010 Finanzhilfen erhalten hat und vor 2014 keinen Liquiditätsbedarf aufweist – im Gegenteil: es ist sogar geplant, dass der Fonds der Stadt dieses Geld zurückleiht. Die geplante Zuweisung an den Fonds erhöht die Gesamtausgaben und somit den Finanzierungssaldo und die Neuverschuldung der Stadt. Es entsteht bewusst der Eindruck, ein Schuldenstopp ab 2015 beziehungsweise sogar ab 2013 sei unter keinen Umständen erreichbar.

## **3. Einmalausgaben werden zu dauerhaften Belastungen**

Die oben beschriebene nicht notwendige Verstärkung des HVF und die Ablösung eines Wohnungsbaukredits beim Bund in 2011 in Höhe von 205 Millionen Euro erhöhen die Gesamtausgaben der Stadt einmalig. Da diese Ausgaben ab 2013 zu einem Großteil wieder wegfallen, müssten die Gesamtausgaben der Stadt entsprechend sinken. Die SPD treibt die Ausgaben jedoch von diesem einmalig hohen Niveau weiter nach oben. So entsteht ein Spielraum für neue Wahlgeschenke in Höhe von über 400 Millionen Euro.

## **4. „Pay as you go“ nur noch ein leeres Versprechen**

Die SPD ist mit dem Versprechen angetreten, künftig für dauerhafte Mehrausgaben, zum Beispiel bei kostenlosen Kitas, kostenlosem Studium, bei der Straßenunterhaltung oder den Ganztagschulen, an anderer Stelle dauerhafte Ausgaben einzusparen („pay as you go“). So sollten sich künftige Regierungen nicht mehr mit der Finanzierung von SPD-Projekten befassen müssen, der Haushalt sollte stabil aufgestellt sein. Die Realität sieht anders aus: Dauerhaft Geld kostende Wahlgeschenke werden gar nicht oder nur in geringer Höhe mit einmalig wirkenden Investitionen, zum Beispiel bei Kreisverkehren, gegenfinanziert. Dadurch muss bei den kommenden Haushalten immer wieder neu eine Finanzierung gesucht werden. „Pay as you go“ war also nur ein leeres Versprechen.

## **5. Bundeshilfen werden 1 : 1 in höhere Ausgaben umgewandelt**

Um die Bundesländer strukturell zu entlasten und ihnen einen schnellen Schuldenstopp zu ermöglichen, übernimmt der Bund für Hamburg ab 2012 schrittweise die Kosten der Grundsicherung im Alter. Das bedeutet für unsere Stadt eigentlich eine auf über 200 Millionen Euro aufwachsende Entlastung. Der SPD-Senat nutzt diese Bundeshilfe aber nicht zur Konsolidierung des Haushalts. Er hat vielmehr vor, die Entlastung 1 : 1 in neue strukturelle Ausgaben umzuwandeln. Das bedeutet konkret: Anstatt frühzeitig einen in Ausgaben und Einnahmen ausgeglichenen Haushalt einzuplanen, wird so ein Schuldenstopp bewusst weiter hinausgezögert.

## **6. Schuldenstopp auf die übernächste Regierung abgewälzt**

Anstatt, wie bisher im Gesetz festgeschrieben, ab 2013 keine neuen Kredite aufzunehmen, verschiebt die SPD den Schuldenstopp auf 2020. Dazu soll das bestehende Gesetz in der Landeshaushaltsordnung gekippt und die Verantwortung für die Einhaltung des endgültigen Schuldenstopps auf die übernächste Regierung abgeschoben werden. So reiht sich die Stadt ein in eine Linie mit den finanzschwächsten Bundesländern – das kann nicht der Anspruch von Hamburg sein.

## **7. Versprochene Schuldentrückzahlung ab 2015 gilt nicht mehr**

Nachdem 2007 und 2008 unter der CDU zum ersten Mal seit 30 Jahren keine neuen Schulden mehr aufgenommen wurden, musste 2009 krisenbedingt der zeitlich befristete Wiedereinstieg in die Neuverschuldung verkündet werden. Dazu sollten die Neukredite transparent aufgenommen und – als zentrales Versprechen an die Hamburgerinnen und Hamburger – ab 2015 Schritt für Schritt zurückgezahlt werden. Die SPD hat angekündigt, sich daran nicht zu halten, sondern die Krisenschulden auf den langfristigen Schuldenberg noch aufzutürmen.

**Ingesamt** sind dies in Zeiten von Schulden- und Eurokrise verheerende Signale und Vorhaben des Senats. Die Bürgerschaft muss hier in Wahrnehmung ihrer Verantwortung für das Wohl der Stadt gegensteuern und deshalb den Zuschuss an den HVF untersagen und so die Neuverschuldung in 2011 auf 443 Millionen Euro und in 2012 auf 132 Millionen Euro absenken. Durch einen Beschluss muss der Senat darüber hinaus darauf festgelegt werden, die Bundesübernahme der Grundsicherung im Alter zur Konsolidierung und nicht für neue Ausgaben zu verwenden. Dadurch kann die Neuverschuldung in 2012 sogar auf 83 Millionen Euro zurückgeführt werden. Mittels eines echten „pay as you go“ wären ein Schuldenstopp nach § 18 der Landeshaushaltsordnung ab 2013 und eine Tilgung der Krisenschulden ab 2015 möglich.

Um Hamburg krisenfest zu machen, **möge die Bürgerschaft deshalb beschließen:**

1. Der Ansatz des Titels 9590.682.01 „Zuschuss an den Hamburgischen Versorgungsfonds AÖR“ in 2011

in Höhe von	207.000 Tsd. Euro
wird um	207.000 Tsd. Euro
auf	0 Euro

und in 2012

in Höhe von	468.000 Tsd. Euro
um	468.000 Tsd. Euro
auf	0 Euro

abgesenkt.

Dafür wird der Ansatz des Titels 9990.359.02 „Entnahme aus dem Wirtschaftsplan „Sondervermögen Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg““ (und somit die Neuverschuldung der Stadt) in 2011

in Höhe von	650.000 Tsd. Euro
um	207.000 Tsd. Euro
auf	443.000 Tsd. Euro

und in 2012

in Höhe von	600.000 Tsd. Euro
um	468.000 Tsd. Euro
auf	132.000 Tsd. Euro

abgesenkt.

2. Die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund ab 2012 wird zur strukturellen Haushaltsentlastung genutzt. Anstatt die Gesamtausgaben zu erhöhen, wird das Haushaltsdefizit verringert und somit die Schuldenaufnahme beziehungsweise die Entnahme aus Reserven abgesenkt.

3. Der aktuelle § 18 der Landeshaushaltsordnung wird auch in Zukunft nicht geändert. Die Aufnahme neuer Schulden bleibt somit ab 2013 verboten. Eine eventuell notwendige Defizitfinanzierung über die vom Vorgängerssenat übergebenen Rücklagen und Reserven in Höhe von über 2 Milliarden Euro ist möglich und wird dadurch nicht eingeschränkt.
4. Das Sondervermögen „Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg“ wird nicht aufgelöst. Die darin aufgenommenen Kredite werden ab 2015 um jährlich mindestens 100 Millionen Euro zurückgeführt.

In Zeiten von fehlendem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Finanzpolitik und Finanzwirtschaft ist darüber hinaus wirkliche Ausgabendisziplin ohne Tricks und Täuschungen vonnöten. Nur so kann der Entfremdung unserer Bürgerinnen und Bürger von unserer bewährten parlamentarischen Demokratie und der erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft Einhalt geboten werden. Um bundesweit eine Hamburg angemessene Führungsrolle einzunehmen und für die Zukunft grundlegende Weichen zu stellen und Festlegungen zu treffen, **möge die Bürgerschaft darüber hinaus beschließen,**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. die Höhe der bereinigten Gesamtausgaben des Jahres 2013 im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren an den bereinigten Gesamtausgaben des Jahres 2012, verringert um Einmaleffekte im dreistelligen Millionenbereich, auszurichten und
2. ab sofort das Prinzip „pay as you go“ einzuhalten. Das heißt, dass künftig alle Mehrausgaben, die dauerhaft und strukturell wirken, nur mit dauerhaft und strukturell wirkenden Entlastungen an anderer Stelle gegenfinanziert werden. Eine Kürzung bei nur kurzfristig wirkenden Ausgaben, zum Beispiel bei Investitionen, oder die reine Haushaltskosmetik über unbestimmte globale Minderausgaben oder Absenkung von Zinstiteln ist nicht erlaubt.